

EU-Kommission stoppt FIDA-Verordnung – Verpasste Chance für Open Finance und unabhängige Vermittler



Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des © AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
AfW

Die Entscheidung der EU-Kommission, die geplante Verordnung zum Financial Data Access (FIDA) nicht weiterzuverfolgen, ist ein Rückschlag für Open Finance, fairen Wettbewerb und Verbraucherrechte. Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung bedauert diesen Schritt ausdrücklich, denn die unabhängigen Vermittler hätten durch FIDA erstmals einen geregelten Zugang zu Finanzdaten ihrer Kunden erhalten - selbstverständlich nur mit deren Zustimmung.

Während Banken und große Plattformen bereits heute durch Open-Banking-Regulierungen wie die PSD2 profitieren, stehen unabhängige Finanz- und Versicherungsvermittler weiterhin vor verschlossenen Türen. Der freie Zugang zu Finanzdaten ist jedoch essenziell, um Kunden eine umfassende und individuelle Beratung bieten zu können. „Die Entscheidung der EU-Kommission ist eine verpasste Chance, gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Finanzbranche zu schaffen“, so AfW-Vorstand Norman Wirth. „Die geplante FIDA-Verordnung hätte nicht nur für mehr Innovation gesorgt, sondern auch Verbrauchern mehr Kontrolle über ihre eigenen Finanzdaten gegeben.“

Gemeinsam mit der Brancheninitiative FRIDA – Free Insurance Data Initiative – hat sich der AfW intensiv für eine praxisgerechte Open-Finance-Regulierung eingesetzt. Das Ziel bleibt weiterhin bestehen: Nur wenn Finanz- und Versicherungsbranche gemeinsam vorangehen, kann echter Fortschritt in der digitalen Finanzberatung erreicht werden. „Es braucht dringend alternative Wege, um den freien und sicheren Datenaustausch auch ohne FIDA voranzutreiben. Brancheninitiativen wie FRIDA zeigen, dass Lösungen möglich sind – aber ohne politische Unterstützung bleibt der Fortschritt begrenzt“, ergänzt Wirth.

Der AfW fordert daher eine stärkere Zusammenarbeit der Marktteilnehmer und eine Neuaufnahme des Themas auf europäischer Ebene. Die Idee von Open Finance darf nicht an dieser Entscheidung scheitern. Der Verband wird sich weiterhin aktiv für faire Rahmenbedingungen einsetzen, damit unabhängige Vermittler auch in Zukunft eine gleichberechtigte Rolle im Finanzmarkt spielen können.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.